Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 6

Rubrik: Zeichen der Zeit : Deutschland am 8. Mai

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Deutschland am 8. Mai

«Es besteht die grosse Gefahr, dass man versuchen wird, den Wiederaufbau Deutschlands durch die alten Mächte zu bewerkstelligen. Man weiss, dass es eine Agitation gibt, welche die Verbindung von Sozialdemokratie und Zentrum für diesen Zweck anstrebt. Daneben mag man allerlei konservative Kreise herbeiziehen und den Alliierten klarzumachen versuchen, dass auf diese Weise am sichersten die ‚Ordnung' in Deutschland wieder hergestellt und – das wird dann mehr bloss ins Ohr geflüstert! – dieses zu einem Bollwerk gegen Russland gemacht werden könne.» Leonhard Ragaz schrieb die prophetischen Worte am 8. Mai 1945 unter dem Eindruck «des Zusammenbruchs der riesigsten Militärmacht, welche die Erde je gesehen hat» (NW 1945, S. 247, 240). Wenig später fügte er hinzu: «Die Weltreaktion ist jedenfalls viel organisierter als die Weltrevolution. Sie hat ihren Sitz nicht zuletzt auch in der Schweiz. Ihre Spitze richtet sich vor allem gegen Russland. Im stillen hofft sie sogar auf einen kriegerischen Zusammenstoss zwischen der angelsächsischen Welt und Russland. Zu diesem Zweck möchte sie doch Deutschland nach Möglichkeit schonen, um es einst gegen Russland verwenden zu können» (NW 1945, S. 386).

(West-)Deutschland wurde in der Tat geschont, um es als Verbündeten gegen die Sowjetunion verwenden zu können. Der amerikanische Kapitalismus hat eine «christliche Partei» alimentiert, um den Sozialismus zu verhindern. Das Christentum wurde zur Fortsetzung des faschistischen Antikommunismus mit anderen Mitteln missbraucht. Unter dem Deckmantel des nunmehr «demokratisch» gewordenen Antikommunismus ergab sich nicht der Bruch, sondern die Kontinuität mit der Vergangenheit; denn Antikommunismus macht blind für die Ursachen des Regimes, das am 8. Mai 1945 zusammengebrochen war, ja ist selber eine dieser Ursachen.

Darum wird die westdeutsche Gesellschaft auch immer wieder von der Vergangenheit eingeholt. Dass Freislers «Volksgerichtshof» eine Mörderbande war, hindert das Münchner Sozialministerium nicht, der Witwe Freislers einen «Schadensausgleich» zu gewähren, da der berobte Staatsterrorist von Hitlers Gnaden nach 1945 hätte «als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig» werden können. Das ist nur gerade das krasseste Beispiel aus jüngster Zeit für zahllose Nachkriegskarrieren. Recht wurde gesprochen von Richtern, die sich in den Dienst des Unrechts gestellt hatten; Schule wurde gegeben von Lehrern, die zuvor den Unterricht mit deutschem Gruss eröffnet hatten; die Bundeswehr wurde Offizieren unterstellt, die noch für den «Führer» marschiert waren. Adenauer hielt sich den ehemaligen Rassenkommentator Globke als Staatssekretär, und noch vor kurzem liess sich Bundeskanzler Kohl von einem Altnazi nach Israel begleiten. Altnazis sahen wir auch in den höchsten Staatsämtern der BRD: vom «furchtbaren Juristen» und Ministerpräsidenten Filbinger aus Baden-Württemberg über den Kanzler der Grossen Koalition Kiesinger bis zum vormaligen Bundespräsidenten Car-

stens. Gewiss gab und gibt es Antifaschisten auch in der CDU. Doch es gehört zur Lebenslüge dieser Partei, dass sie den antifaschistischen wie den nachfaschistischen Mitgliedern nur gerade die Ideologie des Antikommunismus als gemeinsamen Nenner anbietet und dadurch die gemeinsame Bewältigung der Vergangenheit verhindert. Da hat selbst der Mut Dietrich Bonhoeffers vor seiner Ermordung durch die Nazis keine andere Bedeutung mehr, als die Bänkler beim Investieren zu beflügeln. So sagte es der Kanzler der nicht nur rhetorischen Peinlichkeiten neulich auf einem Bankentag. . .

Das Spektakel, das die westdeutsche Regierung rund um den 8. Mai 1985 inszenierte, bestätigt die schlimmsten Befürchtungen, die Leonhard Ragaz vor 40 Jahren in unserer Zeitschrift äusserte. Das Versöhnungs- und Beschönigungsritual, das da abgezogen wurde, stand wiederum mehr im Zeichen des Antikommunismus als der endlich zu bewältigenden Vergangenheit. Mit Ronald Reagan hatte der Kanzler den richtigen Mann eingeladen, um sich die «Wende» zu Wichtigerem als zu dieser Vergangenheit absegnen zu lassen.

Der Gang nach Bitburg

Als freilich bekannt wurde, dass Kohl und Reagan einen Besuch auf dem Soldatenfriedhof Bitburg für ihren «Akt der Versöhnung» ausersehen hatten, regten sich Widerspruch und Zorn, vor allem in der amerikanischen Öffentlichkeit. Selbst der US-Senat stimmte mit überwältigender Mehrheit einer Resolution zu, die Reagan ersuchte, auf den Gang nach Bitburg zu verzichten. Am 5. Mai war es dennoch so weit: Zu Kohls und Reagans Kranzniederlegung in Bitburg ertönte die Weise «Ich hatt' einen Kameraden». Unter den gefallenen «Kameraden» befanden sich auch 49 Angehörige der Waffen-SS. Die «Versöhnung über Gräbern» missriet zur bisher grössten innenpolitischen Krise des gegenwärtigen Präsidenten der USA.

Reagans Bemerkung, dass «in Deutschland nur noch wenige am Leben» seien, die sich «an den Krieg erinnern» könnten, und es lebe «ganz gewiss niemand mehr von jenen, die damals erwachsen waren und daran in irgendeiner Weise teilhatten», zeigt nur, wie es um die geistige Präsenz des «mächtigsten Mannes der Welt» heute steht. Seine nachgeschobene Rechtfertigung für den Friedhofbesuch in Bitburg, dass «die jungen Leute dort auch Opfer des Nationalsozialismus» gewesen seien, macht die Sache nicht besser; sie banalisiert die Kriegsverbrechen der Waffen-SS, ja sie ebnet den Unterschied zwischen Mördern und Mordopfern bis zur Unkenntlichkeit ein.

Es sind aber nicht allein die Toten der Waffen-SS, die den Gang nach Bitburg zum Skandal werden liessen, auch die gewöhnlichen Angehörigen der Wehrmacht standen im Dienste Hitlers. Es gab sie nicht: die ehrenhafte Wehrmacht im Widerstand gegen die Naziherrschaft. Auch in den Konzentrationslagern konnte nur solange gemordet werden, als die Front hielt. Nein, Bitburg war nicht der Ort, «um die Gefallenen aller Völker zu ehren», wie Helmut Kohl ankündigte. Was gibt es zu ehren an Soldaten, die – schuldig oder nicht – ihrem Führer ins Verbrechen gefolgt sind? Gibt es denn keine anderen Vorbilder, die sich ehren liessen? Lasst sie bitte in Ruhe, die Toten von Bitburg, aber ehrt sie nicht! Arbeitet an einer Welt, die ohne Soldatenfriedhöfe auskommt! Denn es ist nicht zuletzt die Abrichtung zum Soldaten, die den Faschismus möglich macht – nicht nur in Deutschland.

Mit dem Hitlerregime und seinen Handlangern gibt es auch heute keine Versöhnung. Versöhnen können wir uns nur mit Verbrechern, die Reue, tätige Reue zeigen. Die Toten können das nicht mehr. Und wenn die Lebenden «Versöhnung» wollen, dann müssen sie bereit

sein, sich mit den Ursachen der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft auseinanderzusetzen. Es genügt auch nicht, auf die «Gnade der späten Geburt» hinzuweisen. Bundespräsident von Weizsäcker hat in seiner Rede vor dem Bundestag, einem der wenigen Lichtblicke des 8. Mai 1985, zutreffend erklärt: «Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.» Das Geschehene so zu verarbeiten, dass es sich in der Geschichte nicht wiederholen kann, das wäre die Aufgabe, die den Menschen in Deutschland – und anderswo – gestellt ist. Nach ihrer hastigen Abfahrt von Bitburg begegneten Kohl und Reagan einem Transparent, das die ganze Problematik auf die Formulierung brachte: «Versöhnung heisst nicht vergessen, sondern Schlüsse ziehen.»

Antikommunismus als bundesdeutsche Lebenslüge

Was Kohl hören wollte, sagte Reagan auf einem bei Bitburg gelegenen Luftwaffenstützpunkt: «Wir, die wir bittere Gegner waren, sind jetzt die stärksten Verbündeten. Und aus den Ruinen des Krieges ist ein dauerhafter Friede hervorgegangen.» Antikommunismus ist die Ideologie des neuen Bündnisses zwischen Siegern und Besiegten. Daher heisst es in einer weiteren Rede des US-Präsidenten, die er auf dem Hambacher Schloss vor «der deutschen Jugend» – der angepassten freilich, die sich auch im studentischen Vollwichs vorzeigen liess – hielt: «Die vorderste Grenze der europäischen Freiheit liegt in Berlin.» Und: «Für die Erhaltung des Friedens ist die Erkenntnis der wahren Natur des Totalitarismus genauso wertvoll wie irgendein Waffensystem.»

Vor lauter «Versöhnung» mit dem antikommunistischen Bündnispartner hielt es Reagan nicht einmal für nötig, der russischen Soldaten zu gedenken, die im gemeinsamen Kampf der Alliierten gegen Hitler ihr Leben liessen. Auch in Bergen-Belsen erwähnte er mit keinem Wort die 50'000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier umkamen, bevor 1944 aus dem Kriegsgefangenenlager ein KZ wurde. Lieber ehrt er jene, die für, als jene, die gegen das Naziregime kämpften.

Das Verheerende an diesem Antikommunismus ist, dass er, statt die Vergangenheit zu bewältigen, die Kontinuität zu ihr herstellt. In einem Brief an 53 US-Senatoren kann daher ein Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU, die deutsch-amerikanische Kranzniederlegung in Bitburg mit dem Argument rechtfertigen, er selbst habe als Bataillonskommandeur Deutschland bis zum letzten Kriegstag «gegen Angriffe der Roten Armee verteidigt», worauf er stolz sei. Offenbar hat Dregger schon damals auf der «richtigen» Seite gestanden. Und offenbar ist es besser, mit Hitler gegen die Sowjetunion, als mit der Sowjetunion gegen Hitler gekämpft zu haben.

Der Antikommunismus wird so zur Lebenslüge der Herrschenden in der BRD. Das «Reich des Bösen» stellt die Nazigreuel in den Schatten, wo man sie nicht mehr sehen, nicht mehr verarbeiten muss. In nahtloser Übereinstimmung mit Ronald Reagan verkündet Heiner Geissler, Familienminister und Generalsekretär der CDU, «dass die Sowjetunion, das sowjetische Regime, die eigentliche Schande unserer Zeit und dieser Zivilisation ist». Er sagt unumwunden, dass ihn «die Verharmlosung der ideologischen Gefahr, die aus Moskau droht, mehr aufregt, als wenn die Bäume im Schwarzwald sterben». Gleichzeitig denunziert er das Nürnberger Friedensgespräch der SPD mit Bürgermeistern aus acht Städten, die im Zweiten Weltkrieg von Hitlers Truppen zerstört wurden (Wolgograd, Rotterdam, Coventry, Warschau, Dresden, Köln, Lidice und Oradour), «als Verrat am Westen». Ähnlich hetzt der CSU-Staatssekretär Carl-Dieter Spranger. Für ihn sind auch Sozialdemokraten und Grüne kommunistisch unter-

wandert, da sie «die im besten Sinne christliche Verteidigungspolitik der Bundesregierung mit den Propagandabehauptungen der freiheits- und menschenrechtsverachtenden atheistischen Diktaturen des Kommunismus» angriffen.

Wo auch das «Reich des Bösen» nicht ausreicht, die Nazigreuel zu verdrängen, da werden sie mit ihm doch wenigstens aufgerechnet. Die «Auschwitz-Lüge» wird nur zusammen mit der «Vertreibungs-Lüge» neu ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Der Holocaust war offenbar nicht schlimmer als die Vertreibung Deutscher aus ihrer Heimat. Nazigreuel und Kommunismus unterliegen nunmehr demselben moralischen Verdikt. So braucht das Unrecht der Vergangenheit nicht verarbeitet, betrauert, bereut zu werden, es lässt sich vielmehr auf den Kommunismus projizieren. Es grüssen die alten SS-Kameraden, die sich ausgerechnet in den Gedenktagen um den 8. Mai in Nesselwang, im bayrischen Allgäu, trafen. CDU, CSU und FDP haben die Anträge der SPD und der Grünen niedergestimmt, dieses Treffen wenigstens zu verurteilen.

In Präsident Reagan findet die Ideologie des Antikommunismus eine willkommene Stütze. Er ist nicht der Demokrat, der die antifaschistische Tradition in der BRD stärken würde. Im Gegenteil, Reagan hat sich während seiner Staatsvisite den Affront erlaubt, Willy Brandt, den aufrechten Antifaschisten, nicht zu empfangen. Das Differenzierungsvermögen, das Brandt im Umgang mit der Sowjetunion auszeichnet, passt nicht zum Feindbild der Reagan-Administration und der Regierenden in Bonn. Der Kampf des Friedensnobelpreisträgers gegen paranoide Star-Wars-Pläne und der Einsatz des Präsidenten der Nord-Süd-Kommission für die Dritte Welt sind dem Präsidenten der USA suspekt. Aber auch der Besuch des Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale in Nicaragua und in Kuba hat ihm «einen festen Platz auf der schwarzen Liste des Weissen Hauses gesichert» (Der Spiegel, 13. Mai 1985). Die Aussperrung ist offenbar im Einvernehmen mit Kanzler Kohl erfolgt. Die Tradition des Antifaschismus bleibt von der deutsch-amerikanischen «Versöhnung» ausgeschlossen.

Die Antwort der Antifaschisten: Respektierung des Völkerrechts, Abrüstung und Sozialismus

Bundespräsident von Weizsäcker hat mit seiner Rede vor dem Bundestag Zeichen gesetzt, die in eine andere Richtung weisen. Im Gegensatz zu Dregger und Co. nannte er den 8. Mai nicht eine «Katastrophe», sondern einen «Tag der Befreiung». Die Rede reichte tiefer als das meiste, was von bürgerlicher Seite in der BRD zu hören war, aber doch nicht so tief, als nötig wäre, um auch an die strukturellen Wurzeln des Faschismus heranzukommen. Weizsäcker ging zwar der Frage nach der Schuld für den Anfang (30. Januar 1933) vom Ende (8. Mai 1945) nach und sagte: «Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.» Wenn «kollektiv» die Gesamtheit eines Volkes meint, ist die Aussage natürlich richtig. Aber sie ist gleichwohl eine Verkürzung, insofern sie das strukturell Böse ausblendet, das zu überwinden die Aufgabe aller Antifaschisten sein muss. «Nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen», das waren nicht nur unter der Naziherrschaft «Formen, das Gewissen ablenken zu lassen», wie es in Weizsäckers Rede heisst, das ist noch heute das Verhalten vieler gegenüber den Strukturen, die Faschismus hervorbringen oder doch fördern.

Strukturell böse ist erstens die Souveränität des Einzelstaates, die sich gegenüber dem Völkerrecht absolut setzt. Hitlers Krieg hat dieses, einst von Hegel begründete Souveränitätsdogma gründlich ad absurdum geführt. Um so wichtiger wäre es heute, dass alle Staaten das Gewalt- und Interventionsverbot des Völ-

kerrechts respektierten. In jedem Völkerrechtsbruch tritt strukturell Böses zutage, das die Saat des Faschismus in sich birgt. Das gilt auch für Völkerrechtsbrüche der Reagan-Regierung wie die Invasion auf Grenada oder die Verminung der Häfen von Nicaragua und das Handelsembargo gegen diesen Staat. Wer solchen Rechtsbrüchen nicht entschieden entgegentritt, sie gar durch die Ideologie des Antikommunismus rechtfertigt, der schafft dem Faschismus auch weiterhin einen Nährboden. Dagegen ist die Überwindung des Souveränitätsdogmas und ineins damit der Staatenanarchie und des Faustrechts auf internationaler Ebene die erste wichtige Voraussetzung auch zur Überwindung des Faschismus.

Strukturell böse ist zweitens die Rüstungsspirale, an welcher die gegenwärtige US-Administration in unverantwortlicher Weise weiterdreht. Auf dem Luftwaffenstützpunkt bei Bitburg begründete Reagan sein Star-Wars-Vorhaben mit dem Hinweis, dass die Sache der Freiheit von zahlreichen Regimen gefährdet werde. Er nannte Afghanistan, Kuba und Nicaragua... Antikommunismus macht blind. Der Friede wird von der Militarisierung des Weltraums erwartet. Die Vernunft kann abdanken. Verhandlungen führen ja doch nicht zum Ziel. Das ist eine weitere Perversion des Denkens, die dem nationalsozialistischen Rüstungswahn zum Verzweifeln ähnlich sieht. Wenn Heiner Geissler die Weltraumrüstung gar «als eine Erlösung für die Menschheit» feiert, dann holt auch ihn die Vergangenheit ein, die er verdrängt.

Strukturell böse ist drittens das, was Ragaz «den Wiederaufbau Deutschlands durch die alten Mächte» nannte. Unmittelbar nach dem Kriegsende gab es einen breiten Konsens von KPD, SPD und CDU, dass die Vorherrschaft des Grosskapitals, der privaten Monopole und Konzerne zu beseitigen sei, dass Banken und Versicherungen der staatlichen Kontrolle unterliegen sollten und dass die Demokratie auch auf die Wirtschaft Anwendung finde. Dieser Sozialismus war das Fazit aus der demokratischen Unzuverlässigkeit bedeutender Teile der kapitalistischen Wirtschaft in der Vergangenheit, ja der massiven Finanzierung der NSDAP durch die Grossindustrie. Demokratisierung und öffentliche Kontrolle der Wirtschaft sollten die Herausbildung autoritärer Kräfte verhindern und der politischen Demokratie die nötige soziale Absicherung geben. Es war jedoch die amerikanische Besatzungsmacht, die den Sozialismus in Deutschland verhinderte, weil sie dadurch auch das kapitalistische System in den USA gefährdet sah. Was bereits soviel wie «Kommunismus» bedeutete. Diesem Diktat hat sich die BRD gebeugt, leider bis hin zur SPD, die unter dem Vorwand, eine «Volkspartei» zu sein, ihre antikapitalistische Position aufgab. Nach wie vor aber gilt, was Bert Brecht in seinen «Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit» notiert hat: «Wie will nun jemand die Wahrheit über den Faschismus sagen, gegen den er ist, wenn er nichts gegen den Kapitalismus sagen will, der ihn hervorbringt? Wie soll da seine Wahrheit praktikabel ausfallen?»

Indem der Antikommunismus die Konsequenzen aus der nazistischen Vergangenheit in den Bereichen der internationalen Ordnung, der Rüstung und der Wirtschaft verhindert, ist er in der Tat, wie Thomas Mann einst sagte, «die grösste Torheit des Jahrhunderts». Dass diese Torheit gar noch gefeiert und zur Grundlage einer «Versöhnung» gemacht wird, ist auch ein Zeichen unserer Zeit, ein alarmierendes, wie ich meine.

■